

Pressekonferenz

„Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 2019“

am Mittwoch, 2. Oktober 2019
im Haus der Bundespressekonferenz, Tagungszentrum Raum 3 – 4
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
Beginn: 10.00 Uhr

Statement von Philipp Schulmeister

Europäisches Parlament
Public Opinion Monitoring Unit

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23.-26. Mai 2019 stieg die Wahlbeteiligung in Deutschland (+13 Prozentpunkte), als auch in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (im Durchschnitt +8 Prozentpunkte) bemerkenswert an.

Das Europäische Parlament hat direkt im Anschluss an die Europawahl eine repräsentative Nachwahlbefragung in Auftrag gegeben. Diese Eurobarometer-Umfrage wurde von Kantar vom 07.-26. Juni 2019 in allen 28 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Als repräsentative Stichprobe der allgemeinen Bevölkerung im Alter von mindestens 15 Jahren wurden 27.464 Menschen persönlich befragt.¹

Basierend auf dieser Nachwahlbefragung des Europäischen Parlamentes² möchte ich in meinem Statement der Frage nachgehen, was die Bürgerinnen und Bürger bei der Europawahl bewegt hat.

Drei Fragestellungen stehen in meinem Statement im Mittelpunkt:

1. Aus welchen Gründen gingen die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl?
2. Welche Themen spielten bei der Wahlentscheidung eine Rolle?

¹ Davon 26 971 Personen im Wahlalter, das in 25 EU-Mitgliedstaaten bei mindestens 18 Jahren, in Österreich und Malta bei mindestens 16 Jahren und in Griechenland bei mindestens 17 Jahren liegt. Einige Fragen wurden der gesamten Stichprobe von 27 464 Personen von mindestens 15 Jahren gestellt.

² Eurobarometer 91.5 (2019 Post-Electoral Survey).

3. Warum entschieden sich Bürgerinnen und Bürger, nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen?

Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Ergebnisse der Befragung in Deutschland gerichtet, während der Blick auf die gesamte Europäische Union dabei hilft, diese Ergebnisse einzuordnen und ein umfassenderes Bild aufzuzeigen. Das Sample beinhaltet 1487 deutsche Befragte. Davon gaben 1428 (96 %) an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen.³

Aus welchen Gründen gingen die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl?

Die Beweggründe für die Wahlbeteiligung sind divers und vielschichtig. Eine Mehrheit der deutschen Befragten gab an, dass sie Wählen als ihre Bürgerpflicht ansehen (52 %; EU: 52 %)⁴ oder „immer wählen gehen“ (29 %; EU: 35 %). Im Vergleich zur Europawahl 2014 gewann vor allem der Beweggrund Motiv „Wählen als Bürgerpflicht“ an Bedeutung (DE: +16 Prozentpunkte; EU: +11 Prozentpunkte). Dies deutet für uns darauf hin, dass die Wahl zum Europäischen Parlament an Bedeutung gewonnen hat und nun verstärkt als zentraler Bestandteil des demokratischen Lebens wahrgenommen wird.

Gleichzeitig ist der Rückgang der Antworten in der Kategorie „immer wählen gehen“ interessant: Während in unserer Nachwahlbefragung 2014 noch 41% der Befragten sowohl im EU-Durchschnitt als auch in Deutschland als Beweggrund angaben, immer wählen zu gehen, ist dieser Wert 2019 um 6 Punkte auf 35 % im EU-Durchschnitt und um ganze 12 Punkte auf 29 % in Deutschland gefallen. Anders ausgedrückt sind dieses Mal mehr Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gegangen, die bislang nicht oder nicht regelmäßig bei der Europawahl ihre Stimme abgegeben hatten.

Überdurchschnittlich häufig gaben die Befragten in Deutschland an, sie hätten gewählt, da sie „die EU befürworten“ (39 %; EU: 25 %), „sich als Europäer fühlen“ (19 %; EU: 12 %) oder „um Einfluss auf die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission zu nehmen“ (15 %; EU: 8 %). Der Einfluss der „Spitzenkandidaten“ auf die Wahlentscheidung stieg damit im Vergleich zu 2014 an (+5 Prozentpunkte).

Anscheinend sahen viele Deutsche die Europawahl als Gelegenheit an, ihre Befürwortung zur Europäischen Union Ausdruck zu verleihen. Im europaweitem Vergleich wurde die Motivation „Sie befürworten die EU“ in Deutschland am häufigsten angegeben. Jedoch

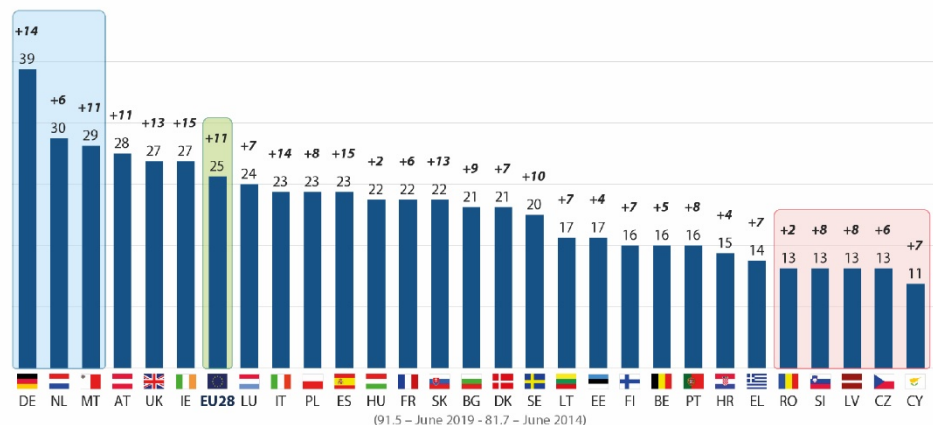
³ Während eine Mehrheit der Fragestellungen an alle Befragten gestellt wurde, richteten sich einigen Fragen ausschließlich an bestimmte Gruppen, wie beispielsweise:

- Befragte im Wahlalter
- Befragte, die angegeben haben bei der Europawahl gewählt zu haben
- Befragte, die angegeben haben, sich bei der Europawahl enthalten zu haben.

⁴ Bis zu drei Nennungen waren möglich. Die Summe aller Antworten übersteigt daher 100%.

stieg diese Antwortoption in sämtlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union an und gewann damit im Vergleich zur Europawahl 2014 deutlich an Bedeutung.

Q What are the main reasons why you decided to vote in the recent European Parliament elections?
(Max. 3 answers) (% - You are in favour of the EU)



Base: respondents who declared they voted in the EE19,
51% of the sample

Source: Eurobarometer 2019 (91.5), QG6

Bemerkenswerterweise findet man diese pro-europäischen Wahlmotive stärker in West- als in Ostdeutschland. In Ostdeutschland gaben die Befragten zudem überdurchschnittlich häufig an, ihrer „Unzufriedenheit Ausdruck [zu] verleihen“ (Ost: 27 %; West: 9 %; EU: 12 %) oder Unmut gegenüber „der (nationalen) Regierung“ (Ost: 11 %; West: 4 %; EU: 9 %) oder „gegenüber der EU“ (Ost: 13 %; West: 2 %; EU: 5 %) zum Ausdruck bringen zu wollen.

Weiterhin gaben 18 % der Befragten in Deutschland an, dass der Brexit ihre Entscheidung zu wählen oder sich zu enthalten beeinflusst habe. Dieser Effekt kann in sämtlichen Altersgruppen beobachten werden. Deutschland liegt damit knapp unter dem Durchschnitt der Europäischen Union (22 %). Den größten Einfluss hatte der Brexit – wenig überraschend – im Vereinigten Königreich (52 %) sowie in Irland (38 %).

Ein nächster interessanter Indikator ist der Zeitpunkt der Entscheidung, an der Europawahl teilzunehmen. Eine große Mehrheit der Befragten, die ihre Stimme bei den Europawahlen abgegeben haben, 83 % in Deutschland und 79 % in der Europäischen Union, gibt in diesem Zusammenhang an, immer an Wahlen teilzunehmen. 12 % in Deutschland (EU: 15 %) gaben an, sich erst in den letzten Monaten und Wochen vor der Europawahl zur Stimmabgabe entschieden zu haben. Weitere 5 % (EU: 6 %) der Befragten gaben an, dass diese sich erst in den Tagen vor der Wahl oder am Wahltag dazu entschlossen haben. Hier gibt es keine großen Unterschiede gegenüber der Wahl 2014. Im Allgemeinen waren sich jüngere Wählerinnen und Wähler weniger von Anfang an im Klaren darüber, ihre Stimme abgeben zu wollen. Etwa ein Drittel (DE: 30 %; EU: 38 %) der 18-24-Jährigen entschieden sich häufiger erst in den Monaten, Wochen und Tagen vor der Wahl oder am Wahltag selbst.

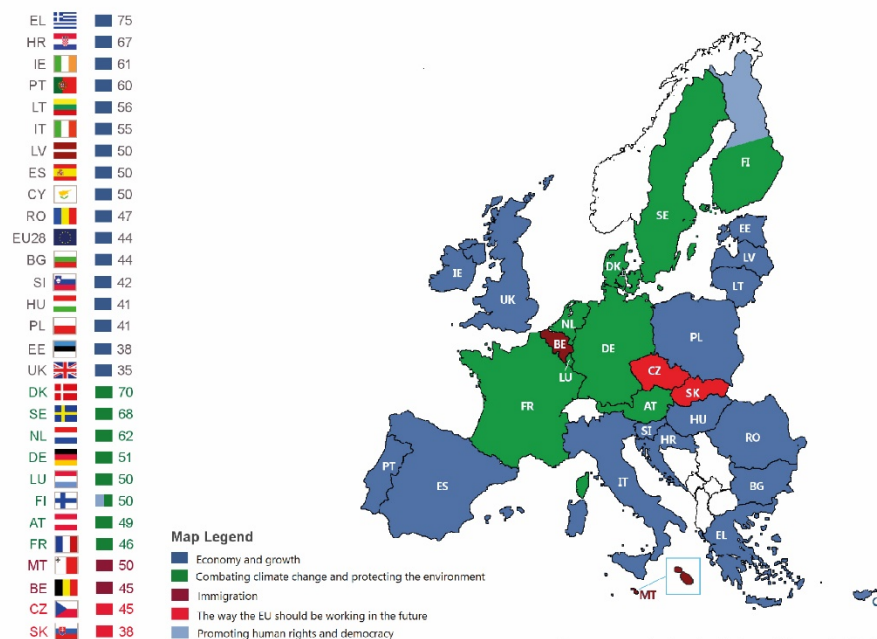
Bei zwei Dritteln der Befragten stand dabei stets fest, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden (DE: 64 %; EU: 66 %), während etwa ein Drittel (DE: 35 %; EU: 33 %) noch unentschlossen war und mehrere Parteien in Betracht zog. Jüngere Befragte gaben dabei häufiger an, dass ihre Wahlentscheidungen noch offen sei (DE: 42 %; EU: 45 %).

Welche Themen spielten bei der Wahlentscheidung eine Rolle?

Bei der Frage, aufgrund welcher Themen die Befragten sich entschieden haben, bei der Europawahl ihre Stimme abzugeben, kristallisierten sich fünf als besonders bedeutsam heraus⁵:

1. Wirtschaft und Wachstum (EU: 44 %; DE: 36 %)
2. Bekämpfung des Klimawandels und Umweltschutz (EU: 37 %; DE: 51 %)
3. Förderung von Menschenrechten und Demokratie (EU: 37 %; DE: 42 %)
4. Die Art und Weise, wie die EU in Zukunft funktionieren sollte (EU: 36 %; DE: 42 %)
5. Einwanderung (EU: 34 %; DE: 39 %)

Q What are the issues which made you vote in the recent European Parliament elections? Firstly? And then?
(Max. 5 answers) (The most mentioned item per country)



Base: respondents who declared they voted in the EE19,
51% of the sample
Source: Eurobarometer 2019 (91.5), QG7T

⁵ Bis zu 5 Nennungen waren möglich.

Dabei unterschieden sich die Prioritäten zwischen den europäischen Mitgliedstaaten deutlich. Während in den meisten Staaten „Wirtschaft und Wachstum“ im Vordergrund standen, gaben eine Mehrheit in Dänemark (70 %), Schweden (68 %), den Niederlanden (62 %), Deutschland (51 %), Luxemburg (50 %), Finnland (50 %), Österreich (49 %) und Frankreich (46 %) an, dass für sie die „Bekämpfung des Klimawandels und Umweltschutz“ das wichtigste Thema der Europawahl 2019 war.

In Deutschland spielte die „Bekämpfung des Klimawandels und Umweltschutz“ (51 %) eine überdurchschnittlich große Rolle bei der Wahlentscheidung, während „Wirtschaft und Wachstum“ (36 %) weniger relevant als in den meisten EU-Mitgliedstaaten war. Allerdings unterschieden sich die Prioritäten zwischen Ost- und Westdeutschland. Während in Ostdeutschland die Themen „Einwanderung“ (West: 35 %; Ost: 58 %), „Kampf gegen Terrorismus“ (West: 21 %; Ost: 34 %) und der „Schutz der Außengrenzen“ (West: 19 %; Ost: 42 %) häufiger genannt wurden, stuften die Befragten in Westdeutschland die „Bekämpfung des Klimawandels und Umweltschutz“ (West: 55 %; Ost: 37 %) öfter als wahlentscheidendes Thema ein.

Jüngere Befragte in Deutschland erachteten die „Bekämpfung des Klimawandels und Umweltschutz“ (66 % unter 18-24-Jährigen), „Förderung von Menschenrechten und Demokratie“ (57 % unter 18-24-Jährigen) und die „Die Art und Weise, wie die EU in Zukunft funktionieren sollte“ (49 % unter 18-24-Jährigen) als die drei wichtigsten Themen der Europawahl 2019. „Einwanderung“ (15 %) sowie der „Schutz der Außengrenzen“ (8 %) hingegen wurden von jüngeren Befragten in Deutschland deutlich seltener genannt.

Warum entschieden sich Bürgerinnen und Bürger, nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen?

Etwa 39 % der wahlberechtigten Deutschen entschieden sich bei der Europawahl dazu, ihre Stimme nicht abzugeben. Als Hauptgründe dafür wurden „Fehlendes Vertrauen/Unzufriedenheit mit der Politik im Allgemeinen“ (27 %; EU: 22 %), „Kein Interesse an Politik“ (14 %; EU: 18 %) sowie „Die Wahlstimme bewirkt nicht/ ändert nichts“ (17 %; EU: 14 %) genannt.

Die Entscheidung gegen eine Stimmabgabe bei der Europawahl 2019 traf ein Großteil der Befragten erst in der Zeit vor der Wahl. So entschied sich die Mehrheit in den Monaten (DE: 19 %; EU: 16 %), Wochen (DE: 14 %; EU: 13 %) oder Tagen (DE: 15 %; EU: 15 %) vor dem Wahltag oder gar am Wahltag selbst (DE: 14 %; EU: 15 %), ihre Stimme nicht abzugeben. Lediglich 22 % in Deutschland gaben an, generell nicht zu wählen (EU: 30 %).

Link zur Studie und zum vollständigen Datensatz:

<https://bit.ly/2mKw93C>



Kontakt

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 3 022 801 080

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

Philipp BAUER

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1025

📱 (+49) 176 459 11 952

✉ philipp.bauer@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

📱 (+49) 176 459 10 841

✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu